

Bescheid

I. Spruch

Der Antrag der X GmbH auf Feststellung gemäß § 7 Abs 6 Privatradiogesetz – PrR-G BGBl. I Nr. 20/2001, hinsichtlich der angezeigten Übertragung von 100 % der Anteile an der Y GmbH an die Z GmbH wird zurückgewiesen.

II. Begründung

Mit Schreiben vom 06.04.2001 zeigte die X GmbH den beabsichtigten Erwerb von 100 % der Anteile an der Y GmbH durch die Z GmbH an und stellte den Antrag, dass die Kommunikationsbehörde Austria gemäß § 7 Abs 6 PrR-G feststellen wolle, dass unter den geänderten Verhältnissen den Bestimmungen des § 5 Abs 2 sowie der §§ 7 – 9 PrR-G entsprochen werde. Weiters führte die Antragstellerin aus, dass die Y GmbH Alleingesellschafter der X GmbH sei, welche Inhaberin der Sendelizenz für das Versorgungsgebiet A für die Zeit vom 01.04.1998 bis zum 31.03.2005 sei. Alleingesellschafter der Y GmbH sei Dr. H.. Dr. H. beabsichtige nunmehr seinen 100 %-igen Geschäftsanteil an der Y GmbH an die Z GmbH zu übertragen. Nach dieser geplanten Abtretung sei die Z GmbH Alleingesellschafterin der Y GmbH.

Gemäß § 7 Abs 6 PrR-G hat der Hörfunkveranstalter eine Übertragung, wenn mehr als 50 vH der Anteile, wie sie zum Zeitpunkt der Erteilung der Zulassung oder einer Feststellung nach diesem Absatz beim Hörfunkveranstalter bestehen, an Dritte übertragen werden, der Regulierungsbehörde im Vorhinein anzuzeigen. Mehrere Übertragungen sind zusammenzurechnen.

Im gegenständlichen Fall sollen 100 % der Anteile an der Y GmbH von Dr. H. an die Z GmbH übertragen werden. Die Y GmbH ist jedoch nicht Hörfunkveranstalter im Sinn des § 7 Abs 6 PrR-G, sondern zu 100 % an der X GmbH, welche der tatsächliche Hörfunkveranstalter ist, beteiligt. Da somit nicht – wie im Gesetz gefordert - mehr als 50 vH der Anteile wie sie beim Hörfunkveranstalter bestehen, übertragen werden, liegen die Voraussetzungen für eine Anzeige im Sinn des § 7 Abs 6 PrR-G nicht vor. Der Antrag war daher zurückzuweisen.

Hingewiesen wird jedoch darauf, dass dieser Bescheid die Antragstellerin nach erfolgter Durchführung der in Aussicht genommenen Übertragung nicht von ihrer Mitteilungspflicht hinsichtlich der Änderung der Eigentums- oder Mitgliederverhältnisse an die Regulierungsbehörde (KommAustria) nach § 7 Abs. 5 PrR-G entbindet.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der Partei dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Berufung offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Behörde, die diesen Bescheid erlassen hat, einzubringen. Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten. Weiters wird darauf hingewiesen, dass die Berufung mit ATS 180,- zu vergebühren ist.

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Dr. Hans Peter Lehofer
Behördenleiter